

Newsletter: Englisch als Gerichtssprache vor deutschen Gerichten

Die Initiative „Law made In Germany“, fordert seit langem eine Internationalisierung des an sich pragmatischen und auch für internationale Streitfälle bestens geeigneten Gerichtsstandortes Deutschland, [Lit Hinweis: Müller, Salger,

Zuletzt wurde dieses Thema die in den aktuellen Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Seitdem ist zumindest die englische Sprache vor einigen Deutschen Gerichten als Gerichtssprache anerkannt, so u.a. beim Landgericht Frankfurt am Main. Besonders hierfür bestimmte Kammern sind darauf eingerichtet – mit Zustimmung beider Seiten- die mündliche Verhandlung in englischer Sprache zu führen.

Siehe hierzu die jeweiligen Geschäftsverteilungen, die nähere Informationen zu den einzelnen Kammern enthält.

Für Frankfurt. <https://ordentliche-gerichtsbarkeit.hessen.de/ordentliche-gerichte/lgb-frankfurt-m/lg-frankfurt-m/geschaeftsverteilung>

Für Hamburg : <https://justiz.hamburg.de/geschaeftsverteilungsplan/>)

für Düsseldorf: (<http://www.lg-duesseldorf.nrw.de/aufgaben/geschaeftsverteilung/index.php>)

für Bonn

für Köln

Das **Oberlandesgericht Köln** (<http://www.olg-koeln.nrw.de/aufgaben/geschaeftsverteilung/index.php>) ist bei bislang die einzige Berufungsinstanz, die einen „internationalen Senat“ eingerichtet hat.

Das Gesetzgebungsverfahren im Bundestag blieb bislang noch ohne konkretes Ergebnis. Streitpunkt ist hierbei

Lit Stelle

Kommentar:

Die Einzelinitiativen des Landgerichts Frankfurt und anderer Gerichte ist zu begrüßen, um die englische Sprache, die im Wirtschaftsleben so zentral ist, auch im Streitfall im deutschen Gerichtswesen anzuerkennen und hierdurch den „Gerichtsstandort Deutschland nachhaltig zu fördern. Nicht nur für deutsche Firmen sondern für ausländische vor allem ost-europäische Länder ist die deutsche Jurisdiktion vie näher liegend als ein Verweis auf englisches oder U.S.-amerikanisches Recht. Noch dazu, sofern die doch sehr hohen Kosten eines englischen oder U.S.-amerikanischen Prozesses bedacht werden.

Wir können daher hoffen, dass sich der Trend verstärkt und alsbald auch durch eine bundesgesetzliche Regelung eine nachhaltige Grundlage erhält